

**21/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen**

Ein Thema für die Sommerpause:

## Aufschwung erfaßt die ganze Wirtschaft

Der Juni-Bericht der Deutschen Bundesbank stellt der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung ein glänzendes Zeugnis aus. Das reale Bruttosozialprodukt ist im 1. Quartal 1989 im Vergleich zum 4. Quartal 1988 um 3 Prozent und im Vergleich zum 1. Quartal 1988 um 4 Prozent gestiegen. Die stärksten Antriebskräfte der Konjunktur gehen vor allem von der Auslandsnachfrage und den Investitionen aus.

Allein zwischen Januar und März ist die Zahl der Erwerbstätigen um 160.000 gestiegen. Im ganzen Jahr 1988 waren es mit 230.000 nur wenig mehr. Die Bundesbank weist darauf hin, daß es immer schwieriger wird, freie Arbeitsplätze schnell zu besetzen.

Derzeit hat die deutsche Wirtschaft vor allem mit Kapazitätsproblemen zu kämpfen. Steigende Lieferfristen, Überstunden, Sonderschichten und steigende Produktionskosten sind die Folge. Schwierigkeiten bereitet auch die erhebliche Verteuerung der Vorleistungen und des Energieverbrauchs; größtenteils importierte Kostensteigerungen. Innerhalb eines Jahres verteuerten sich die Importe um gut 7 Prozent. Auch die Absatzpreise für Endprodukte tendieren seit Monaten nach oben.

Der Aufschwung hat das Steueraufkommen sprunghaft steigen lassen. Der staatliche Finanzierungssaldo wird sich 1989 auf nur noch 1 Prozent des Bruttosozialprodukts absenken; nach 2,5 Prozent

(Fortsetzung Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

- **Gorbatschow-Besuch**  
Die elf Vereinbarungen mit der Sowjetunion. Seite 2
- **Rußlanddeutsche**  
Helmut Kohl hat sich für die Deutschen in der Sowjetunion eingesetzt. Seite 3
- **Beschäftigung**  
Lehrstellenmarkt: 60.000 Ausbildungsplätze im Handwerk unbesetzt. Seite 6
- **Wohnungsbau**  
Bundesregierung will sozialen Wohnungsbau beschleunigen. Seite 7
- **Rheinland-Pfalz**  
Das vorläufige amtliche Endergebnis der Kommunalwahlen am 18. Juni. Seite 9
- **Aussiedler**  
Horst Waffenschmidt: Aussiedler sind Deutsche. Rede vor der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU. Seite 11
- **Dokumentation**  
Unsere Verantwortung für die Schöpfung. Antrag des Bundesvorstands zur Umwelt- und Energiepolitik an den 37. Bundesparteitag. Grüner Teil



## Vereinbarungen mit der Sowjetunion

**Im Verlaufe des sowjetischen Staatsbesuches wurden unter Leitung von Generalsekretär Gorbatschow und Bundeskanzler Helmut Kohl 11 Vereinbarungen unterzeichnet:**

- Es wird ein „heißer Draht“ zwischen dem Kanzleramt und dem Kreml in Moskau installiert.
- Der Vertrag für Investitionsschutz und -förderung garantiert Investoren Enteignungsschutz und freien Kapitaltransfer.
- Jährlich werden rd. 1.000 sowjetische Bürger in der Bundesrepublik an Programmen zur Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft teilnehmen können.
- Die finanziellen und organisatorischen Bedingungen für den Jugendaustausch außerhalb der Schulen werden verbessert.
- Jährlich werden je 40 Schülergruppen im Rahmen von Schulpartnerschaften

das jeweils andere Land besuchen und mindestens 38 Lehrer ausgetauscht werden.

- Sowjetischen Ingenieuren soll theoretisches und praktisches Wissen zur Arbeitssicherheit und Gestaltung der Arbeit vermittelt werden.
- In Moskau wird ein Goetheinstitut eingerichtet und in Stuttgart ein sowjetisches Kulturinstitut.
- Beide Länder wollen Stadtarchive an ihre jeweiligen Ursprungsorte zurückführen.
- Bei der Rauschgiftbekämpfung wird künftig enger zusammengearbeitet.
- Das deutsch-sowjetische Umweltabkommen wurde durch Termin- und Finanzplanungen konkretisiert.
- Beide Länder vereinbarten eine Ergänzung des Nuklearabkommens vom letzten Herbst, das die frühzeitige Benachrichtigung bei Atomunfällen und einen ständigen Informationsaustausch vorsieht.

*(Fortsetzung von Seite 1)*

1988. Der dämpfende Effekt, der von der Finanzpolitik auf die Nachfrage ausgeht, kommt in der gegenwärtigen Konjunkturlage gelegen, weil er inflationären Spannungen in der Gesamtwirtschaft entgegenwirkt.

Im kommenden Jahr wird mit dem Inkrafttreten der dritten Stufe der Steuersenkung, die eine Entlastungswirkung bis 23 Mrd. DM haben wird, ein kräftiger Nachfragestoß ausgelöst, der auf ein auch 1990 weitgehend ausgelastetes Produktionspotential stößt. Auf der Ausgabenseite muß beim Staatshaushalt strikte Ausgabendisziplin gehalten werden. Denn die Steuersenkung wurde nicht aus konjunkturpolitischen Gründen konzipiert, sondern sie soll mehr Steuergerech-

tigkeit bringen, international die deutsche Wettbewerbsposition stärken und die Leistungsbereitschaft der Bürger und Unternehmen sichern. Der Finanzplanungsrat hat die Empfehlung gegeben, 1990 das Ausgabenwachstum aller Gebietskörperschaften auf 3 Prozent zu begrenzen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird im Herbst bei der Beratung des Haushaltsplans 1990 beweisen, daß Solidität der Staatsfinanzen, angemessenes Wirtschaftswachstum, stabile Preise und zunehmende Beschäftigung ihre Markenzeichen sind.

**Friedrich Bohl, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wir haben in der Sommerpause vielfach Gelegenheit, darauf hinzuweisen.**



# Helmut Kohl hat sich für die Deutschen in der Sowjetunion eingesetzt

Die Initiative „mehr kulturelle Hilfen für die Rußlanddeutschen in deren Heimat“ ist von dem Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herbert Czaja, begrüßt worden. Es geht vorerst um einfachstes kulturelles Schriftgut; Fibeln, Gesangbücher, Bibeln sind sehr gefragt, auch Märchen und leichte belletristische Literatur. Aber natürlich geht es auch darum, die Rußlanddeutschen in den Studentenaustausch und in die Managementausbildung, in die Besuche von Wissenschaftlern und Journalisten einzubeziehen.

Zum Wandel der Perestroika gehört auch, überall die Wahrheit kundzutun, auch in bezug auf die Deutschen. Die sowjetische Volkszählung hat 3 Mio. Deutsche ausgewiesen. Jahrzehntlang haben sie Schwere erduldet: Im 18. Jahrhundert als Bauern und Handwerker ins Land gerufen, 1924 noch eine autonome wolgadeutsche Republik mit 3.000 blühenden Gemeinden, auch auf der Krim, im Kaukasus und am östlichen Dnjepr, dann schreckliche Hungerjahre; im August/September 1941 in Massen deportiert, in äußersten

Ostprovinzen 15 Jahre interniert auf engstem Raum, Männer, Frauen und Halbwüchsige in schwerster Zwangsarbeit; 1945/46 kamen noch 250.000 Rußlanddeutsche aus dem Westen hinzu; 1956 Teilrehabilitierung, 1964 Rücknahme der Beschuldigungen durch den Obersten Sowjet, aber keine Rückkehrmöglichkeiten in die alten Wohnsitze; kaum muttersprachlicher Unterricht, jahrzehntlang keine freie Religionsausübung.

Viele drängten angesichts dieser Situation heraus. 1988 waren es 47.000. Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich sehr bemüht, für diese Deutschen in der Heimat mehr Entfaltung ihrer Eigenart zu erreichen. Die Sowjetunion sieht immer mehr, daß es nicht gut ist, zu viel von diesen leistungswilligen und fähigen Menschen, die noch in Großfamilien zusammenhalten, zu verlieren. ■

## Visumfrei in die USA

Bereits ab 15. Juli gilt die Aufhebung der Sichtvermerkpflcht für USA-Reisende, die nicht länger als 90 Tage in den Vereinigten Staaten bleiben und im Besitz eines Rückreiseticket sind.

## Artikelgesetz zur inneren Sicherheit

Das Artikelgesetz zur inneren Sicherheit tritt in Kraft. Folgende Verbesserungen werden wirksam:

- Schaffung eines strafbewährten Verbots der Vermummung und passiven Bewaffnung auch auf dem Weg zu Demonstrationen,
- unter bestimmten Voraussetzungen

sind Bild- und Tonaufnahmen von Teilnehmern durch die Polizei erlaubt,

- Erweiterung des Haftgrundes der Wiederholungsgefahr bei Fällen besonders schweren Landfriedensbruchs,
- Strafbarkeit der Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten Versammlung.



## Sozialversicherungsausweis

# Kein unrechtmäßiger Bezug von Sozialleistungen

**Zur Einführung eines Sozialversicherungsausweises und der Erweiterung der Meldepflichten der Arbeitgeber erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Otto Zink:**

Mit dem Gesetz zur Einführung eines Sozialversicherungsausweises wird das Instrumentarium zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung, des Leistungsmissbrauchs und der mißbräuchlichen Ausnutzung der Geringfügigkeitsgrenzen erweitert und verbessert.

Etwa 20 Prozent von insgesamt 2,3 Millionen sozialversicherungsfrei beschäftigten Personen nehmen die Versicherungsfreiheit aufgrund von Arbeitszeit- und Arbeitseinkommensangaben mißbräuch-

## Die Bundesregierung hat gehandelt: Gegen Mißbrauch

lich in Anspruch. Dies ist das Ergebnis eines Forschungsauftrags des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung. Hinzu kommen über 280.000 arbeitslose Leistungsbezieher, die einer versicherungsfreien Beschäftigung nachgehen.

Die Bundesregierung hat gehandelt. Das Gesetz über den Sozialversicherungsausweis wird helfen, Mißbräuche zu bekämpfen.

Die Regelungen über die Ausstellung des Sozialversicherungsausweises treten am 1. Juli 1991 in Kraft. Die Bundesanstalt für Arbeit und die Träger der Sozialhilfe sollen bei Leistungserbringung die Hinterlegung des Sozialversicherungsausweises verlangen. Dadurch wird dem

unrechtmäßigen Bezug von Sozialleistungen entgegengewirkt.

Es ist vorgesehen, den Sozialversicherungsausweis für Beschäftigte, die zur Mitführung des Sozialversicherungsausweises verpflichtet sind, mit einem Lichtbild auszustatten. Die Mitführungspflicht des Sozialversicherungsausweises besteht für Beschäftigte in Branchen, in denen illegale Beschäftigung verstärkt auftritt — z. B. im Baugewerbe, im Schaustellergewerbe, im Messe- und Ausstellungsgewerbe sowie im Gebäudereinigungsgewerbe.

Eine weitere wesentliche Regelung ist die Meldepflicht des Arbeitgebers für geringfügig Beschäftigte. (Ausnahme: private Haushalte). Diese Meldepflicht gilt bereits ab 1. Januar 1990. Bislang bestand eine Meldepflicht der Arbeitgeber lediglich für die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer.

Weitere Maßnahmen kommen hinzu. So hat die Bundesregierung im Steuerreformgesetz 1990 die Erhöhung des Pau-

## Antragsschluß

**Änderungs-, Ergänzungs- sowie sonstige Anträge an den 37. Bundesparteitag in Bremen müssen bis Montag, 14. August 1989, bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein. Später eingehende Anträge können aus technischen Gründen nicht mehr berücksichtigt werden.**



schalsteuersatzes für geringfügige Arbeitsverhältnisse von 10 auf 15 Prozent beschlossen. Die Pauschalierung ist zulässig, wenn bei monatlicher Lohnzahlung die Beschäftigungsdauer 86 Stunden und der Arbeitslohn 520 DM nicht übersteigt. Durch diese Maßnahme, die ab 1. Januar 1990 in Kraft tritt, wird die geringfügige Beschäftigung versteuert.

Um weiteren Mißbräuchen bei den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen begegnen zu können, sind wir auf die Mitwirkung der Tarifvertragsparteien angewiesen. Von den Arbeitgebern, aber auch von den Tarif- und Betriebspartnern erwarten wir, daß Entscheidungen zugunsten sozial geschützter Arbeitsplätze getroffen werden.

## **Handwerk begrüßt neuen Sozialversicherungsausweis**

Das Handwerk hat die Einführung des Sozialversicherungsausweises zum 1. Juli 1991 als Maßnahme zu einer verbesserten Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Leistungsmißbrauch begrüßt.

Besonders erfreulich sei, so der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), daß der Gesetzgeber den Forderungen des Handwerks weitgehend Rechnung getragen und noch erhebliche Verbesserungen an dem Gesetz vorgenommen habe, die insbesondere die bürokratischen Belastungen der Unternehmen auf ein vertretbares Maß reduzieren und effizientere Kontrollmechanismen beim Vollzug des Gesetzes sicherstellen. ■

**Neu in Versmold:** Die Dokumentation „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ (Antrag des Bundesvorstands zur Umwelt- und Energiepolitik an den 37. Bundestag) in dieser Ausgabe ist ab sofort auch in unserem Versandzentrum in 4804 Versmold, Postfach 1328, zu beziehen. Bestell-Nr.: 5176, Mindestabnahme: 50 Exemplare, Preis pro Mindestabnahme: 13,50 DM zuzügl. MwSt.

## **Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Aussiedler**

**Zur Vermeidung schwerster Notlagen bei der Unterbringung von Aussiedlern sind jetzt diejenigen Länder, die es wollen, ermächtigt, Aussiedler in näher zu bestimmenden Gemeinden für bis zu zwei Jahren einzuweisen, damit die notwendige Fürsorge einschließlich vorläufiger Unterkunft gewährleistet ist.**

Selbstverständlich bleiben Freizügigkeit für Aussiedler, volle Reisefreiheit und vor allem die Freiheit, den endgültigen Arbeitsplatz und Wohnsitz in der Bundesrepublik zu wählen, gewährleistet. Es soll nur verhindert werden, daß Aussiedler in bestimmten Ballungsgebieten, in überfüllten Übergangwohnheimen oder Notunterkünften menschenunwürdig untergebracht werden.

Wenn die Angehörigen oder die Aussiedler selbst vorher schon ausreichenden Wohnraum haben, gilt die Zuweisung nicht. Wenn sie innerhalb der beschränkten Frist von zwei Jahren in einer anderen als der Einweisungsgemeinde Arbeits-, Studien- oder Ausbildungsplatz gefunden haben, ist diese Gemeinde, was durch Einführung im Gesetzestext klargestellt wird, zur Betreuungshilfe, beispielsweise Honorierung des Wohnberechtigungsscheines, Weiterbearbeitung etwa noch nicht abgeschlossener Anerkennung der Vertriebeneneigenschaft verpflichtet.



## Lehrstellenmarkt:

# 60.000 Ausbildungsplätze im Handwerk unbesetzt

**Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt hat sich 1988 noch einmal deutlich verbessert. Bundesweit standen jeweils 100 Bewerbern 106 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Ein Ergebnis, wie es die Statistik seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahre 1976 noch nie aufgewiesen hat.**

Und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Lehrstellensituation „vor Ort“ in den allermeisten Fällen noch viel besser aussieht, als die offiziellen Statistiken vermuten lassen. Dies gilt um so mehr für das überaus erfolgreiche Wirtschaftsjahr 1989.

## **Lehrlinge werden wieder händeringend gesucht**

Bei inzwischen mehr als 60.000 nicht zu besetzenden Ausbildungsplätzen allein im deutschen Handwerk gehört die Parole vom Lehrstellenmangel endgültig der Vergangenheit an. Denn selbst in den uns bekannten Problemregionen gibt es inzwischen Tausende von Baustellen, Hotels, Gaststätten und Einzelhandelsgeschäften, die händeringend nach Lehrlingen suchen.

Das Bayerische Handwerk hat sogar ausdrücklich auf einen katastrophalen Lehrlingsmangel hingewiesen, der tausende von Handwerksbetrieben vor ernste Probleme stellt. Kein Wunder, daß man in dieser Situation auf der jüngsten Münchner Handwerksmesse bereits ungewöhnliche Angebote lesen konnte, wie: „Schreinerlehrling gesucht. Wohnung in München vorhanden“.

Die günstige Lehrstellenentwicklung wird sich bei anhaltend stabiler Konjunktur und bei weiterhin rückläufigen Bewerberzahlen auch in den nächsten Jahren verstärkt fortsetzen. Nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages wird die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge in diesem Jahr bereits auf etwa 560.000 zurückgehen und damit um rund 44.000 unter dem Stand des Jahres 1988 liegen. Im Rekordjahr 1984 wurden noch 705.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen. Durch die geburtenschwachen Jahrgänge sei bis etwa 1995 mit weniger als 500.000 Neuverträgen pro Jahr zu rechnen. Deshalb sei zu erwarten, daß auch in Regionen, in denen heute die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen das Angebot noch übertreffe, schon bald ein Ausgleich erreicht sein wird.

## **Bundespost: Sichere Arbeitsplätze für alle Auszubildenden**

Die Deutsche Bundespost hat auch 1989 alle betrieblichen, organisatorischen und personalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ausgeschöpft, um den 15.900 Nachwuchskräften, die in diesem Jahr erfolgreich ihre Prüfung ablegen, einen Vollzeit Arbeitsplatz anbieten zu können. Davon werden 15.600, also 98 Prozent, ausbildungsgerecht übernommen. Nur 300 Elektromechaniker und Kfz-Mechaniker bekommen einen Arbeitsplatz in einem ausbildungsfremden Bereich angeboten, teilte Bundespostminister Schwarz-Schilling mit.



## Wohnungsbindungsgesetz

# Tausch von Sozialwohnungen

**Bundeswohnungsbauministerin Gerda Hasselfeldt hatte kurz nach ihrem Amtsantritt angekündigt, daß sie sich dafür einsetzen wolle, den Tausch von Sozialmietwohnungen zu erleichtern. Nur neun Wochen nach ihrem Amtsantritt hat das Bundeskabinett einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen: Das Gesetz zur Änderung des Wohnungsbindungsgesetzes.**

Gerda Hasselfeldt: „Die Neuregelungen werden im Ergebnis dazu führen, daß größere und preiswertere Sozialwohnungen, vor allem in Gemeinden mit erhöhtem Wohnungsbedarf, für kinderreiche Familien verstärkt zur Verfügung stehen. Für ältere Menschen wird die Möglichkeit geschaffen, in eine Wohnung umzuziehen, die ihren besonderen Bedürfnissen besser entspricht.“

Die parlamentarische Beratung des neuen Gesetzes wird unmittelbar nach

**Bundeswohnungsbauministerin Gerda Hasselfeldt legt Gesetzentwurf vor, der kinderreichen Familien zu größeren Wohnungen verhelfen soll**

der Sommerpause aufgenommen werden. Gerda Hasselfeldt: „Die ersten Tauschaktionen sollen noch in diesem Jahr möglich werden.“

Im einzelnen regelt das neue Gesetz u. a. folgende Fallgestaltungen für den Tausch von Sozialwohnungen:

- Den Umzug von einer größeren in eine kleinere oder gleichgroße Wohnung (z.B.

vom Obergeschoß ins Parterre), unabhängig davon, ob der Mietpreis/m<sup>2</sup> höher oder niedriger ist;

- den Umzug von einer m<sup>2</sup>-mäßig billigeren in eine teurere Wohnung (z. B. bei wesentlich höherem Einkommen), unabhängig davon, ob die Wohnung kleiner oder größer ist. ■

## Bundesregierung will sozialen Wohnungsbau beschleunigen

**Bundeswohnungsbauministerin Gerda Hasselfeldt hat ihren Länderkollegen angeboten, die Erhöhung der Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau so schnell wie möglich umzusetzen. Die Verhandlungen über die Verwaltungsvereinbarung zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Programmjahr 1990 stehen im Mittelpunkt der zweitägigen Konferenz der Wohnungsbauminister der Länder.**

Gerda Hasselfeldt: „Mein Ziel ist es, möglichst rasch Einvernehmen über die Verwaltungsvereinbarung für das Jahr 1990 zu erzielen. Die Bundesregierung ist dann bereit, die Programmmittel des Jahres 1990 schon in diesem Jahr für erste Bewilligungen zur Verfügung zu stellen.“

Die Ministerin hatte sich erst am 13. Juni 1989 mit Bundesfinanzminister Waigel darauf verständigt, den Ländern im nächsten Jahr insgesamt 1,6 Mrd. DM für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Mit dieser erneuten Aufstockung um weitere 350 Mio DM soll eine schnelle Hilfe für sozial schwache Haushalte erreicht werden. ■



# Vor 100 Jahren wurde das erste Rentengesetz amtlich

**Vor 100 Jahren (22. Juni 1889) unterzeichnete Kaiser Wilhelm II. das „Gesetz betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung“, das nach mehrjähriger Beratung und kontrovers geführter Diskussion am 24. Mai 1889 vom Deutschen Reichstag in dritter Lesung mit 185 gegen 165 Stimmen bei 4 Enthaltungen verabschiedet worden war. Am 1. Januar 1891 trat es in Kraft. Dazu erklärt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm:**

Vor 100 Jahren wurden die ersten Maschen eines Netzes staatlicher Invaliditäts- und Alterssicherung geknüpft. Die Anfänge waren nach heutigen Maßstäben bescheiden zu nennen. Die Renten dienten nur der Linderung, nicht der Beseitigung von Not und Armut. Die Altersgrenze betrug 70 Jahre. Die Altersrente war als Zuschuß zu einem noch vorhandenen Arbeitsverdienst gedacht. Erst bei völliger Erwerbsunfähigkeit wurde eine höhere — wenn auch immer noch sehr bescheidene Rente — geleistet.

Aus diesen Anfängen hat sich im Lauf von 100 Jahren ein Rentenversicherungssystem entwickelt, um das wir in der Welt beneidet werden.

Wir haben

- eine individuelle lohn- und beitragsbezogene Rente,
- eine Rente, die nach einem erfüllten Arbeitsleben den Lebensstandard sichert und den Rentner vor wirtschaftlicher Not schützt,
- eine dynamische Rente, die mit der allgemeinen Lohnentwicklung wächst und die den steigenden Lebensstandard auch an die Rentner weitergibt.

Das System der Rentenversicherung steht vor einer Anpassung an geänderte Verhältnisse. Es ist gerade die Stärke dieses Systems, daß es anpassungsfähig ist, daß es nicht, wie manche meinen, durch ein völlig neues System mit weniger Leistungen ersetzt werden muß.

Die gesetzliche Rentenversicherung hat Kriege und Inflationen überstanden. Sie wird jetzt an die zu erwartenden Veränderungen so angepaßt, daß sie ihrer Funktion als Regelsicherung für den weitaus größten Teil der Menschen in unserem Land auch künftig gerecht wird.

## Höhere Renten ab 1. Juli 1989

**Am 1. Juli 1989 sind das Renten Anpassungsgesetz und das Kriegsopferversorgungsgesetz in Kraft getreten. Die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung und Unfallversicherung, der Kriegs- und Wehrdienstopfer, der Impfgeschädigten sowie der Opfer von Gewalttaten werden dann um effektiv 2,4 Prozent erhöht.**

Davon sind rund 14,5 Millionen Renten der gesetzlichen Rentenversicherung betroffen. Die Rentenerhöhung verursacht im Zeitraum vom 1. Juli 1989 bis 30. Juni 1990 Mehraufwendungen von rund 5,7 Milliarden Mark.

Die Rente eines Durchschnittsverdieners mit 45 Versicherungsjahren wird unter Berücksichtigung des ab 1. Juli 1989 maßgebenden Krankenversicherungsbeitrags von 1.578,15 Mark um 37,84 Mark auf 1.615,99 Mark steigen.



# Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 1989 in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu anderen Wahlen

	Kommunalwahl- ergebnis <sup>1)</sup>		Stadtratswahlen der kreisfreien Städte		Kreisstadtwahlen		Europawahl		Landtags- wahl 1987		Bundes- tagswahl 1987	
	1989	Diff. 84/89	1989	Diff. 84/89	1989	Diff. 84/89	1989	Diff. 84/89	1984	Diff.	1987	1987
Wahlbeteiligung	77,0	+0,7	70,0	+0,8	79,5	+0,7	78,8	+0,7	78,0	+1,7	77,0	86,7
CDU	37,6	-7,8	33,9	-6,7	38,9	-8,0	46,9	-8,0	38,8	-7,8	45,1	45,1
SPD	42,5	+2,4	45,2	-0,2	41,5	+3,1	38,4	+3,1	40,2	+1,6	38,8	37,1
FDP	5,8	+0,8	5,1	+1,0	6,0	+0,7	5,3	+0,7	5,7	+0,7	7,3	9,1
Grüne	7,4	+2,0	8,4	+2,1	7,0	+1,9	5,1	+1,9	7,3	+0,7	5,9	7,5
NPD	0,1	+0,1	-	-	0,1	+0,1	-	-	-	-	0,8	0,7
DVU	0,1	+0,1	0,3	+0,3	-	-	-	-	1,5	+1,5	-	-
ÖDP	0,3	+0,3	0,7	+0,7	0,1	+0,1	-	+0,1	0,6	+0,3	0,4	0,4
REP	0,6	+0,6	2,2	+2,2	-	-	-	-	4,6	+4,6	-	-
Wählergruppen	5,6	+1,7	4,1	+0,7	6,2	+2,1	4,1	+2,1	-	-	-	-

<sup>1)</sup> Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreisstadtwahlen



# Kommunalwahlergebnisse in Rheinland-Pfalz in Prozent seit 1948<sup>1)</sup>

	1948	1952	1956	1960	1964	69/72
Wahlbeteiligung	73,7	79,3	79,6	79,7	81,4	76,2
CDU	44,6	38,9	41,1	45,3	43,7	43,9
SPD	34,1	33,4	39,5	37,7	42,9	41,2
FDP	10,5	16,1	12,3	12,5	10,2	8,0
Grüne	—	—	—	—	—	—
Sonstige Parteien	7,5	3,8	1,4	1,4	0,8	2,5
Wählergruppen	3,4	7,8	5,6	3,1	2,4	4,4

	1974	1979	1984	1989	Diff. 1984/89
Wahlbeteiligung	81,1	78,4	76,3	77,0	+0,7
CDU	51,6	47,5	45,4	37,6	-7,8
SPD	35,5	42,2	40,1	42,5	+2,4
FDP	8,7	6,9	5,0	5,8	+0,8
Grüne	—	—	5,4	7,4	+2,0
Sonstige Parteien	1,2	0,3	0,1	1,1 <sup>2)</sup>	+1,0
Wählergruppen	3,0	3,1	3,9	5,6	+1,7

<sup>1)</sup> Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen

<sup>2)</sup> davon Republikaner 0,6



Horst Waffenschmidt:

## Aussiedler sind Deutsche

**„Wir fühlen uns nicht nur deswegen Aussiedlern gegenüber verpflichtet, weil sie einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Aufnahme in die Bundesrepublik Deutschland haben. Nein, sie sind einfach Teil unseres Volkes, sie gehören zu uns und sind deswegen verfolgt worden.“ So der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Inneren, Horst Waffenschmidt, in seiner Rede vor der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU am 24. Juni 1989. Waffenschmidt weiter:**

Wir treiben keine Volkstumspolitik. Wir fordern niemand auf, in die Bundesrepublik zu kommen. Dort, wo es möglich ist, setzen wir uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen unserer Landsleute ein, damit sie als Deutsche in ihrer Heimat menschenwürdig leben können. In seiner Regierungserklärung am 27. April 1989 hat der Bundeskanzler diesen Grundsatz erneut bestätigt und ausgeführt: „Die Bundesregierung wird darüber hinaus alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Lebensverhältnisse unserer Landsleute zu verbessern, damit sie sich dort zu Hause fühlen können, wo sie jetzt leben. Das ist unser erstes und wichtiges Ziel.“

Ich wiederhole also: Es bleibt ein sehr wichtiges Ziel der Bundesregierung, die Lebenssituation der Deutschen in Ost- und Südosteuropa nach Kräften zu stützen und zu verbessern, so schwer dies im Einzelfall auch sein mag. Eine ganz andere Frage ist es, ob diese Bemühungen auch dazu führen, daß die Deutschen in den Aussiedlungsgebieten sich zum Bleiben entschließen. Dies ist eine Ent-

scheidung, die jeder Deutsche dort nur für sich selbst, aus seiner persönlichen Situation heraus, treffen kann. Denn es ist eine Entscheidung von existentieller Bedeutung im wahrsten Sinne des Wortes. Deshalb sage ich für die Bundesregierung: Alle, die dennoch zu uns kommen wollen, bleiben uns willkommen, wie schon in den Jahrzehnten zuvor.

Die Bundesregierung hat bereits mit dem „Sonderprogramm“ vom 31. August 1988 auf die Erhöhung der Aussiedlerzahlen reagiert. Durch zahlreiche personelle und organisatorische Maßnahmen sowie eine erhebliche überplanmäßige Verstärkung der Mittel hat sie bereits im vergangenen und in diesem Jahr der veränderten Situation Rechnung getragen. Schwerpunkte dieser Maßnahmen sind:

- Die Erhöhung der Kapazitäten bei der Aufnahme, Registrierung und Verteilung auf die Länder,
- die Sicherung einer ausreichenden Sprachförderung,
- die Verstärkung der Mittel für die schulische und berufliche Eingliederung junger Aussiedler (Garantiefonds),
- die Aufstockung der Mittel für die soziale Beratung und Betreuung durch die Wohlfahrts- und Vertriebenenverbände und
- Finanzhilfen an die Länder zur Sicherung der Wohnraumversorgung und Hilfen für Länder und Gemeinden bei der vorläufigen Unterbringung,
- eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit.

Die Bundesregierung läßt sich bei ihren Maßnahmen von dem Grundsatz einer sozialverträglichen Integration leiten. Dabei gilt — worauf auch der Bundes-



kanzler in seiner Regierungserklärung vom 27. April hingewiesen hat:

**Aussiedler sollen nicht besser, aber auch nicht schlechter gestellt werden als beispielsweise einheimische Arbeitnehmer oder Rentner.**

In diesem Zusammenhang will ich einmal sagen, daß die Diskussion um angeblich zu hohe Eingliederungsleistungen häufig anhand von untypischen Einzelfällen geführt wird, die nicht verallgemeinert werden sollten.

**Unsere Konzeption ist und bleibt darauf gerichtet: Starthilfe: ja — im übrigen — gleiches Recht für alle!**

Die Notwendigkeit einer sozialverträglichen Integration wird besonders deutlich bei der Wohnungsbauförderung.

Der Wohnungsmarkt für preiswerte Wohnungen ist in jüngster Zeit deutlich enger geworden. Die Ursachen dafür liegen keinesfalls nur an dem Anstieg der Aussiedlerzahlen. Vielmehr ist zu sehen, daß

- die geburtenstarken Jahrgänge aus den 60er Jahren auf den Wohnungsmarkt drängen;
- die Zahl der Einpersonenhaushalte, die besonders viel Wohnraum binden, in den letzten Jahren bei uns auf über 30 Prozent angestiegen ist;
- die Erhöhung des verfügbaren Einkommens dazu führt, daß viele Bürger eine größere Wohnung anstreben und bis ins hohe Alter ihre großen Wohnungen behalten.

In der öffentlichen Diskussion wird allerdings überwiegend von den Aussiedlern gesprochen. Die Bundesregierung hat diese Problematik frühzeitig erkannt. Sie selber hat — ohne ihre Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau zu beschneiden — den Ländern 1989 zusätzlich 750 Mio. DM für die Unterbringung von Aussiedlern bereitgestellt.

Dies reicht jedoch noch nicht aus.

Die Bundesregierung wird daher 1990 den Ländern weitere Finanzmittel bereitstellen. Diese Mittel werden nicht ausschließlich für die Förderung von Wohnraum für Aus- und Übersiedler zur Verfügung stehen. Sie sollen für den sozialen Wohnungsbau schlechthin eingesetzt werden. Wir sehen in der Befriedigung des Bedarfs an preiswerten Wohnungen eine Aufgabe, bei der keine Bevölkerungsgruppe vernachlässigt werden darf.

Die Bundesregierung rechnet damit, daß durch die Anstoßwirkungen der wohnungspolitischen Beschlüsse und die Dynamik des Marktes vom nächsten Jahr an jährlich 300.000 Wohnungen gebaut werden.

Auch die Länder sind aufgefordert, den sozialen Wohnungsbau zu fördern. Die Länder haben ihre Mittel für den sozialen Wohnungsbau in den vergangenen Jahren von über 7 Mrd. DM innerhalb kurzer Zeit auf gut 3 Mrd. DM gekürzt. Wenn sie die Mittel in ähnlicher Weise wie der Bund aufstocken, kann einkommensschwachen Haushalten wirksam geholfen werden.

Alle Anstrengungen auf dem Gebiet des Wohnungsbaus können nicht zur kurzfristigen Lösung der Probleme führen. Die Bundesregierung hat daher den Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Unterbringung von Aus- und Übersiedlern beschlossen. Der Entwurf eröffnet den Ländern die Möglichkeit, befristet einen vorläufigen Wohnort festzulegen, um einer Überlastung bestimmter Gemeinden durch eine angemessene Verteilung der Aus- und Übersiedler entgegenzuwirken und eine intensive Nutzung freier Wohnkapazitäten zu gewährleisten.

Ich weiß, daß wir mit diesem Gesetz Neuland beschreiten und der Beifall nicht ungeteilt sein kann. Aber wenn wir den Kommunen wirklich helfen und Gerechtigkeit bei der Verteilung der



Lasten wollen, dann müssen wir diesen Weg gemeinsam gehen. Ich glaube, daß wir einen breiten Konsens erzielen können.

Dies sollte auch auf allen anderen Gebieten der Eingliederung möglich sein. Ich denke hier z. B. an den Arbeitsmarkt und an die Rentenfrage. Manche Mitbürger fragen, ob die Aussiedler das Arbeitslosenproblem nicht vergrößern oder gar anderen Arbeitsplätze wegnehmen. Es ist folgendes zu sehen:

Rund 49 Prozent der berufstätigen Aussiedler haben handwerkliche Berufe. Nach kurzer Einarbeitung in die hiesigen Verhältnisse finden sie erfahrungsgemäß schnell eine Anstellung. Sie kommen auf Arbeitsplätze, die häufig über lange Zeit unbesetzt waren, weil es nicht genügend Facharbeiter gibt. In diesen Bereichen nehmen die Aussiedler keinen Arbeitsplatz weg; sie machen deren Wiederbesetzung erst möglich. Dies trifft nicht nur auf den Bereich des Handwerks zu, sondern auch auf die Bauwirtschaft und das Hotel- und Gaststättengewerbe, wo viele tausend offene Stellen angeboten werden.

**Ich möchte aber auch noch auf einen anderen wichtigen Aspekt hinweisen, der in der Diskussion leider viel zu wenig beachtet wird: Der Zuzug der Aussiedler wird viele zusätzliche Arbeitsplätze bei uns schaffen. Ich denke daran, daß 200.000 Menschen sich ernähren, sich kleiden, Wohnungen brauchen, Haushalte einrichten. Das gibt doch neue Arbeit!**

Schließlich gibt es bei uns heute, also 1989, ca. 60.000 Lehrstellen, die nicht mit jungen Menschen besetzt werden können. Ich bin sicher, daß viele der jungen Aussiedler die Besetzung dieser Lehrstellen erst möglich machen werden.

So betrachtet, bringt der Zuzug von Aussiedlern auch für unseren Arbeitsmarkt

eine echte Chance. Nun noch ein Wort zur Rentenfrage:

Die deutschen Aussiedler, die zu uns kommen, sind in ihrer großen Mehrheit junge Menschen, Familien mit Kindern. 43 Prozent der Aussiedler, die 1988 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, waren nicht älter als 25 Jahre. Nur 4 Prozent waren über 65 Jahre alt.

Diese Angaben sind für die Sicherheit unserer Renten von großer Wichtigkeit. Sie zeigen, daß die überwiegend jungen Menschen im Laufe ihres Arbeitslebens bei uns ihre Renten selber erarbeiten werden. Sie werden die Solidargemeinschaft nicht belasten. Im Gegenteil, wegen ihrer günstigen Altersstruktur werden die Aussiedler dazu beitragen, unsere Renten auf Dauer sicherer zu machen. Auch insofern sind die Aussiedler für uns keine Belastung, sondern — auch langfristig gesehen — ein Gewinn.

In den letzten Wochen sind aber auch Stimmen laut geworden, die kritisieren, daß die den Aussiedlern gewährten Renten höher lägen als vergleichbare Leistungen an einheimische Rentner.

Derartige Ausführungen sind vor dem Hintergrund des sog. „Fremdrentengesetzes“ sowie des dt.-pol. Sozialversicherungsabkommens von 1975/76 zu sehen.

Die Bundesregierung geht diese Frage nach. Im Rahmen des Rentenreformgesetzes werden Unebenheiten beseitigt werden.

**Ich wiederhole also und fasse zusammen: Aussiedler sind Deutsche. Sie haben als unsere Landsleute Anspruch auf unsere Hilfe. Wir werden ihnen wie den Übersiedlern aus der DDR alle notwendigen Starthilfen zur Verfügung stellen, damit sie sich schnell bei uns einleben können; im übrigen sind sie Staatsbürger mit den gleichen Rechten und Pflichten wie alle übrigen Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland.**



**Rainer Barzel wurde 65 Jahre alt**

## Streitbarer Demokrat

**Alles was Rang und Namen hatte, war ins Konrad-Adenauer-Haus gekommen, um Rainer Barzel aus Anlaß seines 65. Geburtstags zu ehren: Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, Altbundespräsident Karl Carstens und Bischof Franz Kardinal Hengsbach u.a. Die CDU und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatten zu einem Empfang eingeladen, und Bundeskanzler Helmut Kohl, Fraktionschef Alfred Dregger und für die CSU Theo Waigel erinnerten in ihren Reden an die politischen Leistungen und Verdienste des Mannes, der wie kein zweiter die wichtigsten Ämter in Partei, Fraktion und Staat bekleidet hat.**

Der Bundeskanzler erinnerte vor allem daran, daß Rainer Barzel zu denen gehört, die vor vierzig Jahren jenen wichtigen Schwur abgelegt haben: Nie wieder Diktatur, Ja zur Freiheit, nie wieder Krieg, Ja zum Frieden, aber nicht zu irgendeinem Frieden, sondern zum Frieden in Frei-

heit. Helmut Kohl erinnerte weiter daran, daß Rainer Barzel schon sehr früh in der CDU seine politische Heimat gefunden habe, und zwar aus der christlich-sozialen Bewegung kommend und von ihr geprägt: „Der Politiker Rainer Barzel ist in seinem Wesen nicht zu verstehen, wenn man das christ-katholische Denken und seine Überzeugungen aus dieser Glaubensheimat hier nicht miteinbezieht.“

Helmut Kohl weiter: 30 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesminister, Bundespartei-vorsitzender, Präsident des Deutschen Bundestages — das ist in Ämtern ausgedrückt sein Weg, und das sind 30 Jahre streitbarer Demokrat in vielen Auseinandersetzungen.

Rainer Barzel — ein deutscher Patriot — das bedeutet, so der Bundeskanzler, auch offen sein für etwas anderes: daß Heimat- und Vaterland, Deutschland und Europa ein Dreiklang ist, daß wir, wenn wir behalten wollen, was wir besitzen, über die Grenzen hinaus gehen müssen.

## Festbeträge: Kassen sparen 280 Mio. DM

Die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen haben für 10 Wirkstoffe Arzneimittelfestbeträge beschlossen. Die Kassen übernehmen die Kosten für alle Medikamente dieser Wirkstoffgruppen vom 1. September an nur noch bis zur Höhe der Festbeträge. Von der Regelung werden zunächst 360 Medikamente

erfaßt, deren Umsatz annähernd 10 Prozent der Kassenausgaben für Arzneimittel und damit knapp 2 Mrd. DM beträgt. Betroffen sind u. a. Herz-, Rheuma-, Blutdruck- und Beruhigungsmittel sowie Medikamente gegen Zuckerkrankheit. Für die Patienten entfällt dann auch die Zuzahlung von 3 DM je verordnetem Medikament. Der Spareffekt geht zu Lasten der Pharmaindustrie und wird auf 280 Mio. DM geschätzt.



## Für Kommunalpolitiker, die den Wahlerfolg nicht dem Zufall überlassen wollen

Wie entscheiden sich die Wähler bei kommunalen Wahlen? Welche Wähler wählen welche Kandidaten? Wie sieht der ideale Gemeinderats-/Kreistagskandidat aus, welche Eigenschaften besitzt er? Für welche kommunalpolitischen Themen interessieren sich die Wähler? Wie stehen die Wähler zu den Parteien auf kommunaler Ebene, was halten die Wähler von kommunalpolitischen Programmen? Was für ein Wahlkampf kommt bei den Wählern an, welche Werbung hat Erfolg? Wer sind die Wähler, wer die Nichtwähler auf kommunaler Ebene, wem schadet, wem nützt die niedrige Wahlbeteiligung bei kommunalen Wahlen?

Solche und andere Fragen bereiten den örtlichen Wahlmanagern und Gemeinderats-/Kreistagskandidaten oft großes Kopfzerbrechen, denn wissenschaftlich gesicherte und sofort für die Praxis verwertbare Antworten fehlten bislang. Selbst langjährige Erfahrung, Scharfsinn und politischer Instinkt reichen oft nicht aus, wenn es um die Beantwortung der Hauptfrage jeder Wahlkampfplanung geht: Wer sind die kommunalen Wähler, was denken sie, was wollen sie?

Antwort auf die Frage nach dem kommunalen Wählerverhalten sowie den Möglichkeiten einer wirkungsvollen Wahlkampfstrategie und Wahlwerbung gibt jetzt ein in der Bundesrepublik bisher einmaliges Buch mit dem Titel „Projekt Kommunalwahl“.

Die Autoren dieses Handbuches, das sich an alle Wahlmanager und Gemeinde-

rats-/Kreistagskandidaten wendet, sind Dr. Berthold Löffler und Dr. Walter Rogg, die sich als Fachleute für kommunale Wahlforschung in Baden-Württemberg einen Namen gemacht haben. Wahlkampfplaner und Gemeinderats-/Kreistagskandidaten der Ortsverbände finden in dem Handbuch eine Fülle von verlässlichen Hinweisen auf die Frage: Wie bereite ich einen erfolgversprechenden Wahlkampf vor?

Das unentbehrliche Arbeitsbuch für alle, die den Wahlerfolg nicht allein dem Zufall überlassen wollen, können Sie bei der SDV, Service-Gesellschaft für Druck, Verlag und Vertrieb mbH, beziehen, Hohenheimer Straße 9, 7000 Stuttgart 1, zum Preis von 24,80 DM zuzüglich Versandkosten. ■

## UiD-Dokumentationen im Angebot:

**Bestell-Nr. 5153:**

**Mit der CDU für sichere Renten**

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis per Mindestabnahme: 10,— DM

**Bestell-Nr. 5148:**

**Menschenrechte in der DDR**

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis per Mindestabnahme: 10,— DM

**Bestell-Nr. 5160:**

**Unsere Perspektiven für die 90er Jahre**

Regierungserklärung vom 27. 4. 1989

Mindestabnahme: 50 Expl.

Preis per Mindestabnahme: 13,50 DM

Die Preise verstehen sich inkl. Versandkosten zuzügl. MwSt.

Bestellungen über

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 1328, 4804 Versmold**



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Praktisch und umweltfreundlich: Abfall-Tüte mit dem Klebestreifen



Gute Nachricht für alle Autofahrer! Endlich haben Papiertaschentücher nach Gebrauch ihren Platz, liegen leere Zigarettenpackungen nicht mehr wochenlang im Handschuhfach, sind Getränkedosen, Obst- und Verpackungsreste gut aufgehoben: Die Abfall-Tüte mit dem Klebestreifen hält (fast) überall im Wagen und nimmt jede Menge Müll auf. Klebestreifen abziehen, andrücken — einsatzbereit.

**Das praktische Sympathiewerbemittel zum Thema Umweltschutz.**

Bestell-Nr.: 9118

Mindestabnahme: 100 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM  
zzgl. MwSt.

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold**

# UID

21/89

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst des Christlich Demokratischen Union Deutschlands  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-50 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** wva Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.